

Landesfrauenrat Thüringen e.V. : Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2009

FRAUEN – STIMMEN MIT GEWICHT

Frauen wählen anders als Männer – dies hat die Wahlforschung immer wieder bestätigt.

Zum einen sind ihnen Themen von sozialer Gerechtigkeit, Bildung, Umwelt und Frieden wichtiger: Sie machen ihr Kreuz dort, wo sie dem Kandidaten oder der Kandidatin mehr Kompetenz zutrauen. Andererseits machen Frauen von ihrem Stimmrecht weniger und oft zögerlicher Gebrauch. Während sich 1919 zur Einführung des Frauenwahlrechts stolze 82% beteiligten und damit die Männer überflügelten, beträgt die Differenz heute mitunter über 40% im Vergleich zwischen den Alters- und Geschlechtergruppen. Viele Frauen sind bis kurz vor den Wahlen unentschlossen und entscheiden nicht nur aufgrund der jeweiligen Wahlprogramme der Parteien, sondern durch konkrete Kenntnisse und Informationen der Kandidatinnen und Kandidaten – also, nachdem sie sich ein Bild von deren Kompetenz machen konnten.

In Anbetracht der vielen Probleme in Thüringen ist es wichtig, dass sich gerade Frauen beteiligen und ihre Stimme abgeben, denn diese haben Gewicht und können Richtungen der Thüringer Politik mitbestimmen.

Um Wählerinnen bei ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen, haben wir für die Thüringer Landtagswahlen 2009 Wahlprüfsteine entwickelt. Diese können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, formulieren aber wichtige Themen und Forderungen aus der Sicht des Landesfrauenrates Thüringen.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der Landesfrauenrat hat in seiner in Auftrag gegebenen Studie zur Situation von Frauen in Thüringen mit dem Schwerpunkt Einkommen im Alter (2009) herausgestellt, dass

- die Arbeitsplätze von Frauen zunehmend prekärer werden und zu den am schlechtesten entlohnten in ganz Deutschland zählen;
- das Realeinkommen der Rentnerinnen in den letzten Jahren gesunken ist und
- damit das Risiko von Altersarmut bei Frauen bereits jetzt Realität ist und in Zukunft noch steigen wird.

Verschiedene aktuelle Studien zeigen den stetigen Trend des Armutsrisikos und chronischer Unterversorgung von Alleinerziehenden. Dieses ist nicht nur die Gruppe, die am stärksten auf soziale Sicherung und Unterstützung angewiesen ist, sondern auch besondere Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie zu bewerkstelligen hat. Durch die zunehmende Flexibilisierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen wird insbesondere diese soziale Gruppe sowohl gegenwärtig als auch künftig benachteiligt. Eine tatsächliche Wahlfreiheit in der privaten und öffentlichen Kinderbetreuung besteht gerade für diese, aber auch für andere benachteiligte Gruppen nicht. Deshalb ist eine staatliche Verantwortung für die soziale Integration mehr denn je vonnöten, um die soziale Schere nicht auf Dauer noch weiter zu verfestigen und soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Wir fragen Sie:

- Welche Strategien werden verfolgt, um in der privaten wie öffentlichen Wirtschaft mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Beschäftigungs- und Lohnpolitik zu verfolgen?
- Wie stehen Sie zur öffentlichen Verantwortung für soziale Sicherung, Integration und Gerechtigkeit?
- Wie wollen Sie dazu beitragen, dass flexible Betreuungsangebote gerade für Alleinerziehende möglich werden?

Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik

Der demographische Wandel hat in Thüringen im Zusammenhang mit den Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung regional sehr differenzierte Auswirkungen: Während in einigen wenigen größeren Städten die Bevölkerungsbilanz auch künftig positiv ist, vergrößert sich der Altersdurchschnitt insbesondere in ländlichen Regionen. Dies hat in der Zukunft immense Probleme in der gesundheitlichen Versorgung bzw. in der Pflege zur Folge. Dieses ist in doppelter Hinsicht ein tendenziell weibliches Problem: Zum einen sind es vorwiegend Frauen, die Angehörige pflegen, zum anderen müssen Frauen aufgrund der höheren Lebenserwartung selbst gepflegt werden.

Wir fragen Sie:

- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um eine adäquate gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen?
- Verfügen Sie über tragfähige Konzepte, um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen und eine wohnortnahe, flächendeckende medizinische Versorgung für alle Menschen, unabhängig von deren Einkommen und Alter, zu garantieren?
- Welchen Stellenwert messen Sie der Gesundheitsvorsorge bei?
- Wie sieht nach Ihren Vorstellungen eine quantitativ und qualitativ dem Bedarf entsprechende Sicherung der Pflege, vor allem im ländlichen Raum, aus?
- Welche Rahmenbedingungen müssen gerade in ländlichen Regionen Thüringens geschaffen werden, um Angehörige, besonders Frauen, bei der Pflege zu unterstützen?
- Gibt es Vorstellungen Ihrer Partei zu besseren Pflegemodellen? Wie kann es Ihrer Meinung nach gelingen, den steigenden Pflegebedarf nicht auf Ehefrauen, Lebenspartnerinnen, Töchter, Schwiegertöchter abzuwälzen?
- Gibt es Überlegungen, modellhafte Strukturen der Versorgung und der Kooperation von Ehrenamtlichen und Professionellen in ländlichen Regionen zu implementieren und zu evaluieren?
- Wie steht Ihre Partei zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?

Familienpolitik

Nach wie vor sind Familien mit Kindern gegenüber Singles höheren sozialen Risiken ausgesetzt. Im aktuellen Familienmonitor (BMFSFJ 2009) wird festgestellt, dass die wirtschaftliche Krise bei 40% der Familien bereits Wirkungen zeigt: Im Osten sieht man sich im Vergleich zum Westen in seiner sozialen Sicherheit und in den Erwerbsmöglichkeiten bedroht. Einen wichtigen Faktor zur Sicherung der Erwerbsfähigkeit sehen fast zwei Drittel der Familien daher u.a. auch im Ausbau von Ganztagesbetreuung.

Nach wie vor sind Erziehungsaufgaben in Familien geschlechtsspezifisch ungleich verteilt: Zwei Drittel der jüngeren Frauen fordern aber, dass Väter hier aktiver werden und sich weniger lediglich in der Ernährerrolle sehen. Dazu bedarf es auch entsprechender gesellschaftlicher als ökonomischer Anreize und Rahmenbedingungen.

Familienpolitik ist nur dann zukunftsorientiert, wenn sie als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Wir fragen Sie:

- Verfügt Ihre Partei über tragfähige Konzepte zur Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien?
- Welchen Beitrag müssen Politik und Wirtschaft Ihrer Meinung nach leisten, um Familien nicht permanent den erhöhten ökonomischen Flexibilitätserfordernissen zu unterwerfen?
- Wie kann es gelingen, dass sich Wirtschaft den Bedürfnissen von Familie anpasst?
- Welche Bedingungen müssen Ihres Erachtens geschaffen werden, um Männer und Frauen gleichwertig in Fürsorgeaufgaben einzubeziehen und den geschlechtsspezifischen Strukturen der Arbeitsteilung in der Familie entgegenzuwirken?
- Wie stellt sich Ihre Partei moderne, familienfreundliche Modelle der Kinderbetreuung vor?
- Wie kann es gelingen, eine tatsächliche Wahl- und Entscheidungsfreiheit für Eltern, d.h. für Mütter und Väter in gleichem Maße, zu gewährleisten?
- Wie stehen Sie zu der Aussage, dass nachhaltige Familienpolitik spürbare Wachstumsimpulse bringt?

Gewalt gegen Frauen

Mindestens jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren, die in einer Partnerschaft lebt oder gelebt hat, hat körperliche oder sexuelle Übergriffe durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner mindestens ein- oder auch mehrmals erlebt. Dies zeigt die repräsentative Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland" (BMFSFJ). Frauen sind aber auch psychischer Gewalt durch Bedrohung, Unterdrückung oder Entzug finanzieller Mittel durch den Partner ausgesetzt.

Kinder erleben oft die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Eltern mit und erleiden dadurch häufig körperlichen und seelischen Schaden. Kinder aus Gewaltbeziehungen sind stark gefährdet im Erwachsenenalter die Verhaltensmuster ihrer Eltern zu übernehmen.

Frauen sind nach wie vor betroffen von sexueller Belästigung und Gewalt, Nachstellung (Stalking), Zwangsprostitution und Menschenhandel.

In Thüringen gibt es seit 2002 einen Aktionsplan „Maßnahmen der Thüringer Landesregierung gegen häusliche Gewalt“.

Frauenhäuser, Frauenzentren und Interventionsstellen werden anteilig durch Landesmittel finanziert. Aber gerade bei den Frauenhäusern gab es durch Streichung der Landesmittel und strukturelle Veränderungen große Einschnitte. Im Flächenland Thüringen gibt es derzeit noch 16 Frauenhäuser - und schutzwohnungen. Für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder bedeutet dies oft, dass das nächstgelegene Frauenhaus weit von ihrem sozialen Umfeld entfernt ist.

Frauenzentren müssen jährlich für die weitere Förderung kämpfen, denn die Finanzierung gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

Wir fragen Sie:

- Sehen Sie die Notwendigkeit, dass der bestehende Aktionsplan „Maßnahmen der Thüringer Landesregierung gegen häusliche Gewalt“ aktualisiert werden muss?
- Welche Maßnahmen sind notwendig, um Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll zu bekämpfen?

- Wie schätzen Sie die (finanzielle) Situation und Arbeit der Frauenhäuser – und Frauenschutzwohnungen in Thüringen ein? Sehen Sie Änderungsbedarf und wenn ja, wo?
- Wie schätzen Sie die (finanzielle) Situation und Arbeit der Frauenzentren in Thüringen ein? Sehen Sie Änderungsbedarf und wenn ja, wo?
- Wie schätzen Sie die (finanzielle) Situation und Arbeit der Interventionsstellen in Thüringen ein? Sehen Sie Änderungsbedarf und wenn ja, wo?
- Was muss getan werden, damit Frauen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf, z. B. Alleinerziehende, von Sozialleistungen abhängige Frauen, behinderte Frauen, Suchtkranke oder Migrantinnen, wirksame und ihrer Lebenssituation gerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote bekommen?

Gleichstellung von Frauen und Männern- Geschlechtergerechtigkeit

In der Thüringer Verfassung, Artikel 2 steht der Grundsatz der Gleichberechtigung: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung sind verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zu sichern.“

Zur Durchsetzung dieses Auftrages gibt es Instrumente und Regelungen, wie das Thüringer Gleichstellungsgesetz, Gender Mainstreaming (Geschlechterdemokratie) in den Entscheidungsebenen der Thüringer Landesverwaltung, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Fortbildungsangebote, Fachtagungen. Leider wird die Einbeziehung von Geschlechtergerechtigkeit in alle Entscheidungsprozesse eher abgelehnt. Die strukturelle Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht. Die zeigt sich besonders in Bereichen wie prekäre Arbeitsverhältnisse für Frauen, Lohndiskriminierung, Altersarmut von Frauen, Fehlen von geschlechtergerechter Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten und Schulen, traditionelles Verhalten von Mädchen und Jungen bei der Berufsauswahl, Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern usw.

Wir fragen Sie:

- Welche Lösungsvorschläge haben Sie für die Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern?
- Wo sehen Sie Änderungsbedarf im Thüringer Gleichstellungsgesetz um Gleichberechtigung wirksam erreichen zu können?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, damit Gender Mainstreaming bei allen Vorhaben und Maßnahmen tatsächlich als Prüf- und Handlungsinstrument genutzt wird?
- Welche Maßnahmen sind notwendig, damit geschlechtergerechte Erziehung und Bildung zum Alltag in den Kindertagesstätten und Schulen gehört?
- Was ist notwendig, damit Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit tatsächlich erreicht werden können?